

**TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung**

**Titel:** Inanspruchnahme medizinischer Leistungen braucht neue Strukturen im GKV-System und mehr Eigenverantwortung für Patienten

**Beschlussantrag**

**Von:** Dr. Marco Hensel MBA als Abgeordneter der Sächsischen Landesärztekammer  
Dr. Lisa Rosch als Abgeordnete der Sächsischen Landesärztekammer  
Sebastian Exner als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein  
Dr. Thomas Lipp als Abgeordneter der Sächsischen Landesärztekammer  
Dr. Antonia Stahl als Abgeordnete der Landesärztekammer Brandenburg  
Dr. Tilman Kaethner als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen  
Dr. Thomas Thiele als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen  
Dr. Han Hendrik Oen als Abgeordneter der Ärztekammer Westfalen-Lippe  
Dr. Gisbert Voigt als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen  
Dr. Kathrin Krome als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer

Der 129. Deutsche Ärztetag 2025 fordert von der neuen Regierungskoalition Maßnahmen, um das System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) neu zu strukturieren und der zunehmenden unstrukturierten Inanspruchnahme und Ausschöpfung des Gesundheitswesens mehr Solidarität und Eigenverantwortung entgegenzusetzen. Dazu muss das im Koalitionsvertrag vorgesehene Primärarztsystem konsequent umgesetzt und die Patientinnen und Patienten verbindlicher in die Mitverantwortung genommen werden. Das Primärarztsystem sollte an eine sozial verträgliche Selbstbeteiligung gekoppelt werden, um gezielt Anreize für kosten- und gesundheitsbewusstes Verhalten zu setzen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass Menschen mit geringem Einkommen durch diese Regelung nicht von notwendigen Arztbesuchen abgehalten werden.

**Begründung:**

Das deutsche Gesundheitswesen kommt - im Krankenhausbereich, in der Notfallversorgung und im ambulanten Bereich - durch steigende Kosten, Fachkräftemangel und hohen Investitionsbedarf bei gleichzeitig niedrigschwelliger Inanspruchnahme mit gesteigener Anspruchshaltung zunehmend an seine Grenzen. Anders als jahrelang praktiziert ist es nicht mehr möglich, diese Defizite durch immer mehr Geld zu beheben.

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

Daher müssen Patientinnen und Patienten stärker in die Pflicht genommen werden, das durch ihre eigenen Beiträge (mit)finanzierte Gesundheitssystem verantwortungsvoll in Anspruch zu nehmen. Neben einem staatlich vorgegebenen Primärarztsystem wäre als weiteres Lenkungsinstrument eine sozialverträgliche Selbstbeteiligung möglich. Als Maßnahme zur Stärkung der Eigenverantwortung darf die Selbstbeteiligung nicht darauf hinauslaufen, dass die Versicherten insgesamt mehr für ihre Krankenversicherung zahlen müssen. Vielmehr soll die Selbstbeteiligung Anreizstrukturen für einen bewussten Umgang mit Gesundheitsleistungen schaffen. Zugleich bekommen die Versicherten damit die Möglichkeit, Einfluss auf die Ausgabenentwicklung zu nehmen. So setzt die Selbstbeteiligung auch einer übermäßigen Mengenausweitung eine "natürliche" Grenze.